

Zeile	Antragsteller*innen	Text	Verfahrensvorschlag	Modifizierter Text
42	Sven Lehmann u.a.	Nach Zeile 42 anfügen: "Die Digitalisierung bietet die Chance, die Arbeitswelt humaner zu gestalten. Dazu braucht es unter anderem faire Bedingungen wie höhere Löhne durch zunehmende Tarifbindungen, eine Stärkung des Tarifvertragssystems sowie Allgemeinverbindlichkeitserklärungen. Auch neue Beschäftigungsformen wie Crowdfunding müssen geltenden Arbeits- und Sozialstandards genügen."	modÜ	Nach Zeile 42 anfügen: "Die Digitalisierung bietet die Chance, die Arbeitswelt humaner zu gestalten. Wir wollen uns einsetzen für faire Bedingungen auch in neuen Arbeitswelten, angemessene Löhne, eine Stärkung des Tarifvertragssystems sowie Allgemeinverbindlichkeitserklärungen. Neue Beschäftigungsformen wie Crowd- und Klickworking können Chancen für einen offeneren Arbeitsmarkt sein. Wir wollen, dass sie geltenden Arbeits- und Sozialstandards entsprechen"
66	Max Lucks u.a.	<b>Füge nach Z. 66 an:</b> „Wir GRÜNE streiten dafür, dass es beim Wandel des Industriestandorts NRW sozial zu geht. Gut bezahlte, tarifgebundene Arbeitsplätze wollen wir durch den ökologischen Umbau erhalten. Und wir stehen an der Seite der Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze zittern und eine berechtigte Sorge um ihre Existenz haben. So haben Betriebsräte bei ThyssenKrupp oder Ford unsere volle Unterstützung darin betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern! Wer auf dem Rücken seiner Angestellten die Bilanzen verbessert, betreibt keinen ökologischen Umbau, sondern greift den sozialen Zusammenhalt an!“	Mod.Übernahme	„Wir GRÜNE streiten dafür, dass es beim Wandel des Industriestandorts NRW sozial zu geht. Gut bezahlte, tarifgebundene Arbeitsplätze wollen wir auch beim ökologischen Umbau erhalten. In der unternehmerischen Gestaltung einer ökologischen Industrie liegt eine Riesenchance, Arbeitsplätze langfristig auch in NRW zu sichern, wie z.B. durch einen CO2-neutralen Hochofen bei Thyssen-Krupp. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze zittern und eine berechtigte Sorge um ihre Existenz haben.“
67ff	Gregor Kaiser	Streiche Z. 68 "Innovationen.." bis Z. 71 "denken". Streiche Z. 76-77 " Wir wollen..werden" Ersetze Z. 76 "europäisch" durch "international"	modÜ	Keine Streichungen, nach 77 anfügen: „Wir wollen, dass NRW vorangeht, damit die Bundesrepublik Pionierland für grüne Innovation wird und eine Sogwirkung auf die europäischen und internationalen Partner entfalten kann.“
120	Max Lucks u.a.	<b>Füge nach Z. 120 an:</b> „Klar ist aber auch: In modernen Formen der Arbeitswelt darf es keine Entgrenzung von Lohnarbeit geben. Der coolste Kicker im Pausenraum nützt nichts, wenn sich das ganze Privatleben am Arbeitsplatz abspielt. Und die innovativste Meeting-App schadet, wenn sie an Sonn- oder Feiertagen von unterbezahlten Leiharbeiter*innen genutzt wird. Wir wollen moderne, innovative Unternehmen, aber wir werden auch dafür sorgen, dass an diesen Arbeitsorten der Arbeitsschutz etwa bei Zeiten und Pausen eingehalten wird. Dass es an diesen Arbeitsorten auch eine starke Tarifbindung statt Ausbeutung gibt.“	modÜ	Moderne Formen der Arbeitswelt bieten ein besonders hohes Potenzial an Flexibilität. Die Gefahr einer Entgrenzung von Lohnarbeit rein ins Privatleben ist hier besonders hoch. Wir treten einer Entgrenzung entgegen und wollen, dass die Flexibilität den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zum Beispiel durch einen Rechtsanspruch auf Gleitzeit oder ein Home-Office für bestimmte Branchen, nutzt. Wir wollen, dass Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe individueller gestaltet werden können. Heutige Grundlagen des Arbeitsschutzes wie beispielsweise Pausenzeiten, die Begrenzung von Wochenstunden oder die Nicht-Werkfähigkeit an Feiertagen sind unsere Basis, auf der wir den Arbeitsschutz im digitalen Zeitalter noch wirksamer machen wollen. Genauso streben wir eine tatsächlich wirksame Tarifbindung an, damit auch solche

				Unternehmen davon eingeschlossen werden, die es bisher nicht sind.
<b>127-134</b>	<i>Gregor Kaiser</i>	Absatz streichen	modÜ	Streiche 128-134 (Ab „Bis 2025...“)
<b>152</b>	<i>Simon Rock u.a.</i>	Einfügen nach Zeile 152: Auch vom Austausch mit Wissenschaftseinrichtungen bietet für viele KMU ein enormes Potenzial. NRW hat mit 70 Hochschulen und über 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine beeindruckende Forschungslandschaft. Hier schlummert ein einzigartiger Wissensschatz zu Innovations- und Digitalisierungsthemen, von dem beide Seiten profitieren können. Wir wollen den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft durch den Ausbau von entsprechenden Förderprogrammen und Beratungsinfrastrukturen weiter forcieren.	modÜ	Auch der Austausch mit Wissenschaftseinrichtungen bietet für viele KMU ein enormes Potenzial. NRW hat mit 70 Hochschulen und über 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine beeindruckende Forschungslandschaft. Wir wollen diesen einzigartigen Wissensschatz zur Digitalisierung für beide Seiten nutzbar machen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft durch den Ausbau von entsprechenden Förderprogrammen und Beratungsinfrastrukturen weiter forcieren.
<b>156-159</b>	<i>Simon Rock u.a.</i>	Ersetze den Absatz: “Wir wollen ein Förderprogramm für IT-Sicherheitsberatung für Unternehmen in NRW, mit Schwerpunkt auf KMU, auflegen. Dieser Basis-Check soll – ähnlich wie heute Hausbesitzer*innen in Energiefragen beraten werden – eine Analyse der Sicherheitslage im Unternehmen vornehmen und darauf basierend Handlungsoptionen entwickeln.“ durch folgenden Text: “Wir wollen die bestehenden Förderprogramme für IT-Sicherheitsberatung für Unternehmen in NRW, mit Schwerpunkt auf KMU, erweitern und hierfür zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen. Insbesondere soll dieser Basis-Check dazu dienen – ähnlich wie heute Hausbesitzer*innen in Energiefragen beraten werden – eine Analyse der Sicherheitslage im Unternehmen vorzunehmen und darauf basierend Handlungsoptionen für die KMU zu entwickeln.	modÜ	“Die bestehenden Förderprogramme für IT-Sicherheitsberatung sind unterfinanziert. Für die Beratung von Unternehmen in NRW, mit Schwerpunkt auf KMU, wollen wir die Programme erweitern und zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen. Insbesondere soll dieser Basis-Check dazu dienen – ähnlich wie heute Hausbesitzer*innen in Energiefragen beraten werden – eine Analyse der Sicherheitslage im Unternehmen vorzunehmen und darauf basierend Handlungsoptionen für die KMU zu entwickeln.“
<b>166</b>	<i>Pascal Biesenbach u.a.</i>	Nach Zeile 166 einfügen: „Wir Grüne werden einen expliziten Aushandlungsprozess zur Datennutzung zwischen Bürger*innen, Staat und Unternehmen vorantreiben. Unternehmen brauchen Daten und ihre Zugänglichkeit als Basis zukünftiger Geschäftsmodelle. Verbraucher müssen indes mitbestimmen können, wer welche Daten, in welcher Granularität zu welchen Zwecken erhält.“	modÜ	Nach Zeile 166 einfügen: „Wir Grüne werden neue Modelle des Datensharing und einen expliziten Aushandlungsprozess zur Datennutzung zwischen Bürger*innen, Staat und Unternehmen vorantreiben. Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung brauchen Daten für innovative Geschäftsmodelle, neue Forschungsansätze und intelligente Verwaltung. Verbraucher müssen indes mitbestimmen können, wer welche Daten, in welcher Granularität zu welchen Zwecken erhält.“
<b>194</b>	<i>Gregor Kaiser</i>	Einfügen nach Plattformökonomie: “ Ob ein bedingungsloses	modÜ	„Die Digitalisierung erfordert eine grundlegende Neuausrichtung

		Grundeinkommen eine Lösung sein kann, im Zeitalter der Digitalisierung eine soziale Absicherung und gesellschaftliche Partizipation aller zu gewährleisten, ist zu diskutieren und zu erarbeiten“		der sozialen Sicherungssysteme und eine stärkere Unabhängigkeit der gesellschaftlichen Partizipation und sozialen Sicherung vom Faktor Arbeit. Wir wollen diesen Diskussionsprozess aktiv gestalten. Hierbei werden wir Grundeinkommensmodelle aktiv in die Debatte einbeziehen.“
<b>194-196</b>	<i>Sven Lehmann u.a.</i>	Zeilen 194-196 streichen und ersetzen durch: “Die Arbeitnehmer*innenrechte müssen dabei gestärkt werden. Dazu braucht es klare Regelungen zum Arbeitsschutz, die an die digitale Arbeitswelt angepasst werden. Das Arbeitszeitgesetz zum Schutz vor Ausbeutung darf nicht ausgehöhlt werden. Damit digitale Transformation gelingt, müssen außerdem die Betriebsräte gestärkt werden, denn die verbindliche Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards müssen oberste Priorität haben.“	modÜ	Zeilen 194 – 196 neu: “Das Arbeitsrecht, die (betriebliche) Mitbestimmung und das Sozialrecht benötigen ein Update, um der Veränderung der Arbeit in diesem Land gerecht zu werden. Die Arbeitnehmer*innenrechte müssen dabei gestärkt werden. Dazu braucht es klare Regelungen zum Arbeitsschutz, die an die digitale Arbeitswelt angepasst werden. Die Standards des Arbeitszeitgesetzes zum Schutz vor Ausbeutung dürfen nicht ausgehöhlt werden. Damit digitale Transformation in der Arbeitswelt gelingt, muss außerdem die betriebliche Mitbestimmung gestärkt werden, um auf die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards - auch für neue Beschäftigungsformen - zu achten.
<b>196</b>	<i>Pascal Biesenbach u.a.</i>	Nach Zeile 196 einfügen: „In diesem Zuge müssen auch neue Steuermodelle geprüft werden, die sich auf KI- oder roboterbasierte Arbeit beziehen. In der Weiterfolge dieses Gedankens, müssen wir einen Dialog mit Bürger*innen und Unternehmen darüber anstoßen, was passiert, falls die Erwerbstätigkeit als wirtschaftliche Basis der persönlichen Lebensgrundlage ersetzt werden muss.“	modÜ	Nach Zeile 196 einfügen: „In diesem Zuge müssen auch neue Steuermodelle erarbeitet werden, die sich auf KI- oder roboterbasierte Wertschöpfung beziehen.“
<b>197</b>	<i>Sven Lehmann u.a.</i>	In Zeile 197 nach “... alleine kommen.“ einfügen: “Hierzu müssen wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. An dieser Stelle gilt es die Chancen, die der digitale Arbeitsmarkt offenhält, hinsichtlich eines barrierefreien Arbeitsplatzes zu nutzen und dadurch Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern.“	Übernahme	
<b>200</b>	<i>Sven Lehmann u.a.</i>	Nach Zeile 200 anfügen: “Auch die rechtliche Absicherung für Arbeitnehmer*innen muss gewährleistet werden. Wir fordern – auch und gerade in der digitalen Arbeitswelt – eine Arbeitsversicherung, die nicht erst dann greift, wenn Menschen arbeitslos werden.“	Übernahme	
<b>200-1</b>	<i>Karsten Finke u.a.</i>	Die digitale Revolution bietet neben einigen Risiken auch eine sehr große Chance, die Gesellschaften nachhaltig zu humanisieren. Digitalisierung, Robotisierung und Automatisierung können das Verhältnis zur Arbeit grundlegend verändern. Durch diese Transformation kann menschliche Arbeit	modÜ	Mit der digitalen Transformation eröffnen sich neue Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung für alle Menschen und mehr individuelle Freiheit bei Arbeitszeiten und Arbeitsteilung. Eine gesellschaftliche Utopie, in der Menschen frei von Ausbeutung und Unterdrückung leben können, kann durch

		<p>stark reduziert werden. Arbeitszeitverkürzung für alle Menschen und mehr individuelle Freiheit bei Arbeitszeiten und Arbeitsteilung sind die Ziele. Langfristig kann durch diese radikale Transformation Wertschöpfung von menschlicher Arbeit entkoppelt werden, allen Menschen kann so ein Leben in Wohlstand und Würde garantiert werden, ohne dass diese an Lohnarbeit gebunden werden. Lohnarbeit könnte so sogar überwunden werden. Eine gesellschaftliche Utopie, in der Menschen frei von Ausbeutung und Unterdrückung leben können, kann durch Automatisierung in greifbare Nähe rücken. Ziel GRÜNER Politik muss es sein, das Leben aller Menschen grundlegend zu verbessern. Die menschliche Verwertung durch Kapitalinteressen, muss ein Ende haben. Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht andersherum. Gemeinsam wollen wir GRÜNE für eine Welt streiten, in der jeder Mensch nach seinen Fähigkeiten und jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen leben kann.</p>		<p>Automatisierung in greifbare Nähe rücken. Ziel GRÜNER Politik ist es, das Leben aller Menschen grundlegend zu verbessern. Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht andersherum. Gemeinsam wollen wir GRÜNE die digitale Transformation für eine Welt nutzen, in der jeder Mensch nach seinen Fähigkeiten und jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen leben kann.</p>
230	Sven Lehmann u.a.	<p>Nach Zeile 230 anfügen:  “Qualifizierung und Weiterbildung dürfen dabei nicht vom Geldbeutel der Menschen abhängen. Um die Transformation des Arbeitsmarktes gerecht zu gestalten, müssen wir nicht nur Unternehmen, sondern jeden Menschen individuell und insbesondere finanziell in Fragen des lebensbegleitenden Lernens unterstützen.“</p>	Übernahme	
230 ff	Karen Haltaufderheide KV Ennepe-Ruhr u.a.	<p>Einzufügen nach Zeile 230  <b>Digitalisierung in der Pflege: Mensch im Mittelpunkt</b>  Im Themenbereich Pflege, Abbau von Barrieren und Ausgleich von behinderungsbedingten Nachteilen stehen für uns GRÜNE die Chancen und Interessen der betroffenen Menschen mit ihrem Recht auf ein inklusives, selbstbestimmtes Leben im Vordergrund. Wo immer das möglich ist, soll technische Unterstützung zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige genutzt werden. Ausschlaggebend ist dabei nicht das technisch Machbare sondern der Nutzen für die Betroffenen. Dementsprechend stehen sie im Mittelpunkt der Entscheidungen über Entwicklung und Einsatz von technischer Unterstützung, ganz im Sinne des alten Satzes: „Nichts über uns ohne uns.“ Dabei können völlig neue Settings von Wohnen und Betreuung entstehen, die neue Lebensqualitäten bieten. Es mag auch als Freiheit empfunden werden, nicht 24 Stunden am Tag von Menschen umgeben zu sein und stattdessen zeitweilig mit Roboter Pepper allein zu</p>	erledigt durch mod. Übernahme DT-518 (Maria Klein-Schmeink und andere	

		<p>sein. Aber Entscheidungsfreiheit bleibt die Maxime. Ebenso wichtig sind die Menschen, die in den Bereichen von Pflege und Eingliederungshilfe arbeiten. Technische Unterstützung kann und soll verstärkt eingesetzt werden, um die Pflegenden von schweren und ersetzbaren Arbeiten zu entlasten. Die derzeitige Situation in den Pflegeberufen ist nicht tragbar. Digitalisierung muss zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen.</p> <p>Nicht ersetzbar ist menschliche Zuwendung. Daher ist für uns Grüne unfraglich, dass technische Unterstützung personalergänzend und nicht personalersetzend genutzt werden muss. Ziel ist, dass Mitarbeiter*innen bessere Arbeitsbedingungen und mehr Zeit für Bedürfnisse über körperliche Notwendigkeiten hinaus haben.</p> <p>Zwangsläufig kommt spätestens an dieser Stelle die Frage der Kosten in den Blick. Auch gegenwärtig ist es ein ständiger Kampf, das Gebot einzuhalten, dass das Recht auf ein selbstständiges und menschenwürdiges Leben keine Kostenfrage sein darf. Der Druck auf einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern ist hoch. Wir Grüne stellen uns jetzt und zukünftig gegen solches Ausspielen von Kostenargumenten gegen Bürger*innen- und Menschenrechte. Keinesfalls darf perspektivisch in Vertragsverhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern ausschlaggebend werden, dass etwa Pflege und Betreuung durch Robotik kostengünstiger sei als durch Personal. Genauso selbstverständlich muss es sein, dass die von den Menschen gewünschte Technik auch bezahlt wird.</p> <p><b>Wandel im inklusiven Arbeitsmarkt</b></p> <p>Mit technischer und zunehmend digitalisierter Unterstützung verbessern sich für Menschen mit Behinderung auch die Chancen auf Bildung und die Teilnahme am Arbeitsleben. Dieses Potential muss zum Nachteilsausgleich ausgeschöpft werden. Der digitale Wandel kann andererseits einfache manuelle Arbeit von Menschen mit Behinderungen überflüssig machen. Das Recht auf Arbeit muss aber für alle Menschen gelten. Hier muss die Politik Rahmenbedingungen entwickeln, um z.B. auf dem Dienstleistungssektor neue Perspektiven zu schaffen. Die Anbieter von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung müssen in den Wandlungsprozess einbezogen werden.</p> <p><b>Keine digitale Spaltung der Gesellschaft</b></p> <p>Digitalisierung bestimmt zunehmend das Alltagsleben der Bevölkerung. Immer mehr Handlungen sind ohne den Einsatz</p>		
--	--	---	--	--

		digitaler Unterstützung gar nicht mehr möglich. Wer digitale Kanäle nutzt, kann sein Wissen, seine Kompetenzen und seine Möglichkeiten global erweitern. Von der Nutzung digitaler Möglichkeiten ausgeschlossen zu sein wird zur Ohnmacht. Wenn wir verhindern wollen, dass die Spaltung der Gesellschaft an der Frage der Nutzung digitaler Möglichkeiten weiter verschärft wird, muss Digitalisierung inklusiv werden. Weder Armut noch Behinderung oder die damit verbundene Lebenssituation darf die Nutzbarkeit digitaler Kanäle verhindern. Das betrifft sowohl die Verfügbarkeit von Internet und entsprechenden Geräten, als auch die Barrierefreiheit und Verständlichkeit von digitaler Kommunikation.		
240-241	<i>Simon Rock u.a.</i>	Ersetze den Satz in Z. 240-241 durch folgenden Text: "Dazu zählt für uns neben der Stärkung der Aus- und Weiterbildungslandschaft z. B. in überbetrieblichen Ausbildungsstätten auch der Ausbau Förderprogrammen, welche auf die Bedürfnisse von Handwerksbetrieben zugeschnitten sind."		Ersetze Z. 240-241 durch folgenden Text: "Dazu zählt für uns neben der Stärkung der Aus- und Weiterbildungslandschaft z.B. in überbetrieblichen Ausbildungsstätten auch der Ausbau von Förderprogrammen, die auf die Bedürfnisse von Handwerksbetrieben zugeschnitten sind."
299	<i>Pascal Biesenbach u.a.</i>	Nach Zeile 299 einfügen: „Und zugleich in NRW die Weiterentwicklung dieser Systeme in Forschungsvorhaben, Modellprojekten oder juristischen Testräumen fördern und möglichst schnell flächendeckend zugänglich machen. Die anwendungsorientierte Weiterentwicklung synthetischer Intelligenz und ihre ethischen Rahmenbedingungen ist ein zentraler Baustein unserer Politik“	Übernahme	
311	<i>Simon Rock u.a.</i>	Füge ein: "Hierbei kann ein anreizkompatibel ausgestaltetes nationales Roaming ein wichtiger Baustein sein."	Mod Ü.	Statt in 311 anfügen schon in 310 nach „ermöglicht“ einfügen: „Fairer Wettbewerb setzt durchdachte Regulierung voraus. Wir wollen Überbauung vorhandener Infrastruktur verhindern und den Ausbau gerade in den Gebieten, in denen er nicht allein marktgetrieben gelingt, beschleunigen. Hierfür sind Roamingverpflichtungen – zunächst im lokalen und regionalen Maßstab, perspektivisch aber auf nationaler Ebene – ein wichtiger Baustein. Ein solches Marktdesign reduziert die Kosten für die Telekommunikationsunternehmen, ermöglicht einen schnelleren Ausbau und die Kund*innen profitieren durch niedrigere Preise.“
222	<i>Gregor Kaiser</i>	Streiche "enorme"	Mod. Übernahme	Ersetze „enorme“ durch „erhebliche“
344	<i>Pascal Biesenbach u.a.</i>	In Zeile 344 hinter Energien einfügen: Wir werden die Rahmenbedingungen für den Ausbau dieser dezentralen Energiesysteme verbessern und hier vor allem rechtliche Hindernisse abbauen.	modÜ	In Zeile 344 hinter Energien einfügen: Wir werden die Rahmenbedingungen für den Ausbau dieser dezentralen Energiesysteme verbessern und hier vor allem rechtliche Hindernisse abbauen.

		Virtuelle Kraftwerke: Der Zusammenschluss verschiedener Energieerzeugungsanlagen, Lasten und Speichertechnologien soll dazu führen, dass ein Konstrukt aus verschiedenen Anlagen entsteht, das ähnlich einem Großkraftwerk sicher ausreichend Strom bereitstellt. Pilotvorhaben für regionale virtuelle Kraftwerke, in denen dezentrale Windenergie- und Solaranlagen, KWK-Anlagen, dem Lastmanagement und Speichern zur Sicherung der Versorgung intelligent verknüpft werden, gibt es bereits: z.B. das Klimaquartier Arrenberg in Wuppertal. Die damit einhergehende Hebung von Flexibilitäten auf Verbraucherseite ist ein gutes Beispiel, wie Klimaschutz zur zeitliche Verschiebung statt Verzicht gelingen kann. Wir Grüne wollen Energie als naturabhängiges Gut ins Bewusstsein der Menschen bringen.		
344-1	Pascal Biesenbach u.a.	In Zeile 344 hinter Investitionsbedarf einfügen: „, auch kommunale Energieversorger müssen bei der Entwicklung neuer, daten-, KI- und dienstleistungsbasierter Geschäftsmodelle unterstützt werden.“	Übernahme	
363	Pascal Biesenbach u.a.	<b>Handy-Ticket mit Fernziel fahrscheinloser Nahverkehr</b> Nach Zeile 363 einfügen : Wir unterstützen die Initiative der Verkehrsverbünde für ein Handy-Ticket (NEXT-Ticket). Überall ohne Fahrscheinautomat einfach einsteigen – das ist ein Fortschritt. Langfristig sollen Tickets und Fahrscheinautomaten durch das solidarische Bürgerticket überflüssig werden.	ModÜ und Berücksichtigung unter V-15	Nach Zeile 363 einfügen : Wir unterstützen die Initiative der Verkehrsverbünde für ein Handy-Ticket. Überall ohne Fahrscheinautomat einfach einsteigen – das ist ein Fortschritt. Langfristig sollen Tickets und Fahrscheinautomaten durch das solidarische Bürgerticket überflüssig werden  <u>Hier: mod. Übernahme in V-15:</u> Für uns Grüne ist es daher nur logisch, die bestehenden ÖPNV-Strukturen in NRW zu hinterfragen und für die Zukunft fit zu machen. Daher beauftragt die LDK den Landesvorstand gemeinsam mit der LAG MoVe, kommunalen Vertreter*innen aus kreisangehörigen sowie kreisfreien Städten, Kreisen, dem RVR und der Landtagsfraktion ein Konzept für die Zukunft der ÖPNV-Strukturen des Landes, welches auch Antworten auf die Finanzierung liefert, zu entwickeln und der nächsten LDK vorzulegen.
407	Irene Mihalic u.a.	Einfügen nach „individuelle Selbstbestimmung“: Das schließt aus, dass der Staat mit der „Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich“ (ZITIS) selbst zum Hacker von verschlüsselter Kommunikation wird. Und das ohne solide rechtliche Grundlage. Auch der jüngste Vorstoß von Horst Seehofer Messenger-Dienste zur Entschlüsselung von Kommunikation zu zwingen, zeugt von einem grundsätzlichen Unverständnis bezüglich der Rechte von	modÜ	Einfügen nach „individuelle Selbstbestimmung“: Wir lehnen ab, dass der Staat mit der „Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITIS) selbst zum Hacker von verschlüsselter Kommunikation wird. Aktuelle Vorstöße zum Hackback, zur Entschlüsselung der Messenger-Dienste oder zur Überwachung von Smart

		<p>Menschen im digitalen Raum. Aber auch von einer nahezu gnadenlosen Gleichgültigkeit. Denn jede Sicherheitslücke, die der Staat selbst zur Überwachung nutzen will anstatt sie zu schließen, steht auch Kriminellen offen.</p> <p>So wird der Staat selbst zu einem Sicherheitsrisiko. Der Erfolg der Digitalisierung hängt maßgeblich vom Vertrauen in die Sicherheit und der Integrität informationstechnischer Systeme ab. Deshalb brauchen wir eine Verbesserung der Verschlüsselung und hohe Sicherheitsstandards.</p>		<p>Home Geräten, zeugen von einem grundsätzlichen Unverständnis der Bundes- und Landesinnenminister bezüglich der Rechte von Menschen im digitalen Raum, aber auch von einer nahezu gnadenlosen Gleichgültigkeit. Denn jede Sicherheitslücke, die der Staat selbst zur Überwachung nutzen will anstatt sie zu schließen, steht auch Kriminellen offen. So wird der Staat selbst zu einem Sicherheitsrisiko.</p> <p>Das neue Polizeigesetz NRW hat Tür und Tor dafür geöffnet, dass der Staat zum Hacker wird. Diese Änderungen lehnen wir ab, weil sie gefährlich und unverhältnismäßig sind. Wir wollen Sicherheitsgesetze, die Sicherheit mit den Grund- und Freiheitsrechten in Einklang bringen statt sich allen am technisch Machbaren zu orientieren.</p> <p>Der Erfolg der Digitalisierung hängt maßgeblich vom Vertrauen in die Sicherheit und der Integrität informationstechnischer Systeme ab.</p> <p>Deshalb fordern wir – auch im engen Schulterschluss mit der IT-Wirtschaft – eine Verbesserung der Verschlüsselung und hohe Sicherheitsstandards. Wir wollen, dass NRW hierfür mit seiner Landesverwaltung eine Vorreiterrolle spielt. Die Forschung zu IT-Sicherheit ist in NRW auf europäischen Spitzenlevel. Wir wollen sie weiter fördern und ausbauen.</p>
518	<i>Maria Klein-Schmeink u.a.</i>	<p>Einfügen nach Zeile 518</p> <p><b>Potentiale der Digitalisierung für die Stärkung von Patient*innen und Pflegebedürftigen nutzen</b></p> <p>Die Digitalisierung verspricht, das Gesundheitswesen grundlegend zu verändern. Dies bedeutet für Patientinnen und Patienten, Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Gesundheitspolitik als auch für alle im Gesundheitswesen Tätigen Chance und Herausforderung zugleich. Umso bedeutsamer ist es, sie aktiv im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten sowie Risiken offen zu diskutieren und mögliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Für uns ist klar: Die</p>	modÜ	<p><b>Potentiale der Digitalisierung für die Stärkung von Patient*innen und Pflegebedürftigen nutzen</b></p> <p>Die Digitalisierung verspricht, das Gesundheitswesen grundlegend zu verändern. Sie ist Chance und Herausforderung zugleich. Für uns ist klar: Die Belange von Datenschutz, Patienteninteressen und Patientenrechten können nur zusammen gedacht und vorangebracht werden.</p> <p>Gerade für ländliche und strukturschwache Räume bietet die</p>

	<p>Belange von Datenschutz, Patienteninteressen und Patientenrechte können nur zusammen gedacht und vorangebracht werden.</p> <p>Gerade für ländliche und strukturschwache Räume bietet die Telemedizin große Chancen. Stellt sie doch eine Möglichkeit bereit, zu jeder Zeit und über weite Distanzen hinweg das Wissen hochspezialisierter Behandlungszentren auch in der Fläche zugänglich zu machen. Gerade in NRW wurden in rot-grüner Regierungsverantwortung eine Vielzahl von innovativer Versorgungsmodelle ermöglicht.</p> <p>Aus TIM (TeleIntensivMedizin) wurde mittlerweile mit TELnet@NRW, das bundesweit größte Innovationsfondsprojekt weiter entwickelt.</p> <p>Hierbei kommt das Wissen und die Kompetenz zur Vermeidung von Sepsis und Reduzierung von Antibiotikagaben von den Unikliniken Aachen und Münster kleineren oder weniger spezialisierten Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten zu Gute. Via Telekonsil stehen die Experten mit am Bett. Aber auch Projekte zu Fallakten, Patientenakten, zu digitalen AMTS (Arzneimitteltherapiesicherheit)-Checks haben seit Jahren einen Platz in der Gesundheitsversorgung in NRW.</p> <p>Mit Hilfe von Televisiten werden Krankenseinweisungen und belastende Transporte aus Pflegeheimen vermieden und notwendige Einweisungen beschleunigt.</p> <p>Ein weiteres Feld ist die Telemedizinische Begleitung nach stationären Aufhalten oder bei Angeboten der Rehabilitation. Diese Initiativen gilt es zu verstetigen und weiter zu entwickeln. Unter klaren Vorgaben für den Patient*nnenschutz und Datenschutz können Telemonitoring, Telekonferenzen, Fernbehandlung und Fernverschreibung besonders für Patient*nnen mit Mobilitätseinschränkungen, seltenen oder chronischen Erkrankungen weite Wege ersparen und zugleich eine Versorgung auf höchstem Niveau ermöglichen.</p> <p>Auch in der Pflege und Behindertenhilfe kann die Digitalisierung neue Formen der Assistenz und einer digital unterstützten selbständigen Lebensführung eröffnen.</p> <p>Kernstück einer solchermaßen digitalgestützten Gesundheitsversorgung sind sichere Kommunikationsnetze und eine elektronische Patientenakte, die tatsächlich in Patientenhand liegt. Damit erhalten Patient*nnen Einsicht in ihre Behandlung, sie können zusätzliche, qualitätsgesicherte Informationsangebote über ihre Erkrankung nutzen und müssen z.B. den Impfpass nicht mehr langwierig suchen. Zudem ist es</p>	<p>Telemedizin große Chancen.</p> <p>Zu jeder Zeit und über weite Distanzen hinweg kann das Wissen hochspezialisierter Behandlungszentren auch in der Fläche zugänglich werden.</p> <p>Gerade in NRW wurden in rot-grüner Regierungsverantwortung eine Vielzahl innovativer Versorgungsmodelle ermöglicht. Diese Initiativen gilt es zu verstetigen und weiter zu entwickeln. Unter klaren Vorgaben für den Patient*innenschutz und Datenschutz können Telemonitoring, Telekonferenzen, Fernbehandlung und Fernverschreibung besonders Patient*innen mit Mobilitätseinschränkungen, seltenen oder chronischen Erkrankungen weite Wege ersparen und zugleich eine Versorgung auf höchstem Niveau ermöglichen.</p> <p>Kernstück einer solchermaßen digitalgestützten Gesundheitsversorgung sind sichere Kommunikationsnetze und eine elektronische Patientenakte, die tatsächlich in Patientenhand liegt. Damit können Patient*innen u.a. Einsicht in ihre Behandlung erlangen, wichtige Informationen zur Verfügung stellen und zusätzliche Informationsangebote nutzen. Wir wollen, dass höchsterDatenschutz, informationelle Selbstbestimmung, Patientensouveränität und die Patientenrechte immer gewährleistet sind. Deshalb müssen es die Patient*innen sein, die darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang sie die elektronische Patientenakte nutzen wollen, sowie welche Informationen sie mit wem teilen wollen.</p> <p>Und das von Anfang an. Eine Einschränkung dieses Selbstbestimmungsrechts ist auch nicht in der Startphase akzeptabel, wie es derzeit von der Bundesregierung geplant wird. Die Entwicklung der ePA darf nicht ausschließlich in den Händen der Ärzteschaft liegen, , Patientenvertreter*nnen, Krankenhäuser, Uniklinika, Apotheker*innen, therapeutische Berufe und Pflegedienste müssen aktiv eingebunden sein.</p> <p>Die größte Herausforderung liegt aber im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Es ist sinnvoll, tausende von Studien in Sekunden zur Diagnoseunterstützung heran zu ziehen können, doch dies kann . nur zur Unterstützung dienen, nicht aber professionelle ärztliche , pflegerische und therapeutische Leistung und</p>
--	--	---

	<p>möglich, wichtige Informationen über Behandlungen, für Pflege oder bei der Arzneimittelversorgung für alle am Behandlungsprozess Beteiligten zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass der jeweils höchst mögliche Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung, Patientensouveränität und die Patientenrechte jeweils gewährleistet sind. Deshalb müssen es die Patient*innen sein, die darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang sie die Elektronische Patientenakte nutzen wollen, sowie welche Informationen sie mit wem teilen wollen.</p> <p>Und das von Anfang an. Eine Einschränkung dieses Selbstbestimmungsrechts ist auch nicht in der Startphase akzeptabel, wie es derzeit von der Bundesregierung geplant wird. Wir wollen nicht hinnehmen, dass der Bundesgesundheitsminister zwar vorgeblich Tempo bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen verspricht, aber wesentliche Voraussetzungen nicht in Angriff nimmt. Wer die Entwicklung der ePA (elektronische Patienten Akte) ausschließlich in die Hände der Ärzteschaft gibt, lässt wesentliche Akteure vor der Tür stehen. Als erstes die Patient*innen, die ja die eigentlichen Nutznießer sein sollten. Darüber hinaus müssen selbstverständlich die Krankenhäuser, Uniklinika, die Apotheker*innen, therapeutischen Berufe und die Pflegedienste aktiv eingebunden sein.</p> <p>Die größte Herausforderung liegt aber im Bereich der Nutzung Künstlicher Intelligenz in der Gesundheitsversorgung. Natürlich ist es sinnvoll, tausende von Studien in Sekunden zur Diagnoseunterstützung heran zu ziehen. Aber eben zur Unterstützung und nicht zur Substitution. KI kann Korrelationen aufzeigen aber weder Kausalitäten immer erkennen, noch ethische Abwägungsprozesse vollziehen.</p> <p>Deswegen wollen wir die Debatte über Chancen und Risiken eines ethisch sinnvollen Einsatzes von KI vorantreiben, damit nicht Amazon, Google etc. eine „Marktethik“ des Machbaren verbreiten.</p> <p>Digitale Systeme entwickeln besonders dann ihre Stärke, wenn sie nicht sektoral sondern möglichst umfassend geplant und ausgebaut werden.</p> <p>Deshalb fordern wir z.B. landesweite Strategien zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention oder eine landesweite Demenzstrategie. Dazu ist einerseits ein Ausbau des von den GRÜNEN in NRW stark forcierten sektorübergreifenden und quartiersbezogenen Lebens- und Betreuungsansatz nötig und die</p>	<p>Abwägungsprozesse ersetzen.</p> <p>Deswegen wollen wir die Debatte über Chancen und Risiken eines ethisch sinnvollen Einsatzes von KI vorantreiben, damit nicht Amazon, Google etc. eine „Marktethik“ des Machbaren verbreiten.</p> <p>Digitale Systeme entwickeln besonders dann ihre Stärke, wenn sie nicht sektoral sondern möglichst umfassend geplant und ausgebaut werden.</p> <p>Deshalb fordern wir z.B. landesweite Strategien zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention oder eine landesweite Demenzstrategie. Dazu ist einerseits ein Ausbau des von den GRÜNEN in NRW stark forcierten sektorübergreifenden und quartiersbezogenen Lebens- und Betreuungsansatz nötig und die Bereitschaft der Kostenträger, genau solche Systeme zu finanzieren. Dies erfordert auch hier eine stärkere und intelligentere Mischung individueller und gemeinschaftlicher Leistungen und eine starke inklusive öffentliche Infrastruktur.</p> <p><b>Digitalisierung in der Pflege: Mensch im Mittelpunkt</b></p> <p>Im Themenbereich Pflege, Abbau von Barrieren und Ausgleich von behinderungsbedingten Nachteilen stehen für uns GRÜNE die Chancen und Interessen der betroffenen Menschen mit ihrem Recht auf ein inklusives, selbstbestimmtes Leben im Vordergrund. Wo immer das möglich ist, soll technische und digital gesteuerte Unterstützung zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige genutzt werden. Ausschlaggebend ist dabei nicht das technisch Machbare sondern Wille und Nutzen der Betroffenen, ganz im Sinne des alten Satzes: „Nichts über uns ohne uns.“ Und es geht darum, dass intelligente und lernende Systeme nicht nur in Hightech-Uni-Kliniken sondern auch in normalen Krankenhäusern, Reha-Kliniken und in der ambulanten und häuslichen Pflege zum Einsatz kommen.</p> <p>Technische, digitalisierte Unterstützung soll verstärkt eingesetzt werden, um die Pflegenden von schweren Arbeiten zu entlasten. Die derzeitige Situation in den Pflegeberufen ist nicht tragbar. Digitalisierung muss zu einer Verbesserung der</p>
--	--	--

		<p>Bereitschaft der Kostenträger, genau solche Systeme zu finanzieren. Dies erfordert auch hier eine stärkere und intelligentere Mischung individueller und gemeinschaftlicher Leistungen und eine starke inklusive öffentliche Infrastruktur. Gerade die Pflege und Unterstützung von Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen kann mittels digitaler und digital gestützter Hilfsmittel massiv verbessert werden. Dies erhöht die Selbstbestimmung der Menschen und erleichtert gleichzeitig die Pflege und Unterstützung. Dabei geht es weniger um die Frage, ob künftig Roboter Menschen pflegen, sondern viel eher darum, dass intelligente und lernende Systeme nicht nur in Hightech-Uni-Kliniken sondern auch in normalen Krankenhäusern, Reha-Kliniken und in der ambulanten und häuslichen Pflege zum Einsatz kommen.</p>		<p>Arbeitsbedingungen führen. Nicht ersetzbar ist menschliche Zuwendung. Daher ist für uns Grüne unfraglich, dass technische Unterstützung personalergänzend und nicht personalersetzend genutzt werden muss.</p> <p><b>Wandel im inklusiven Arbeitsmarkt</b>  Mit digitalisierter Unterstützung verbessern sich für Menschen mit Behinderung auch die Chancen auf Bildung und die Teilnahme am Arbeitsleben. Dieses Potential muss zum Nachteilsausgleich ausgeschöpft werden. Der digitale Wandel kann andererseits einfache manuelle Arbeit von Menschen mit Behinderungen überflüssig machen. Das Recht auf Arbeit muss aber für alle Menschen gelten. Hier muss die Politik Rahmenbedingungen entwickeln, um z.B. auf dem Dienstleistungssektor neue Perspektiven zu schaffen. Die Anbieter von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung müssen in den Wandlungsprozess einbezogen werden.</p> <p><b>Keine digitale Spaltung der Gesellschaft</b>  Wer digitale Kanäle nutzt, kann sein Wissen, seine Kompetenzen und seine Möglichkeiten global erweitern. Von der Nutzung digitaler Möglichkeiten ausgeschlossen zu sein wird zur Ohnmacht. Wenn wir verhindern wollen, dass die Spaltung der Gesellschaft an der Frage der Nutzung digitaler Möglichkeiten weiter verschärft wird, muss Digitalisierung inklusiv werden. Weder Armut noch Behinderung oder die damit verbundene Lebenssituation darf die Nutzbarkeit digitaler Kanäle verhindern. Das betrifft sowohl die Verfügbarkeit von Internet und entsprechenden Geräten, als auch die Barrierefreiheit und Verständlichkeit von digitaler Kommunikation.</p>
532	Pascal Biesenbach u.a.	<p><b><u>Digitale Modellkommunen : Ergebnisse schnell umsetzen</u></b>  Nach Zeile 532 einfügen :  Das Land fördert mit insgesamt 91 Mio. Euro in vier Jahren fünf Modellregionen. Neben Wuppertal wurden Gelsenkirchen, Aachen und Soest als digitale Modellkommunen und Paderborn/Ostwestfalen-Lippe als Modellregion ausgewählt.  Die auf der Auftaktkonferenz der Landesregierung vorgestellten Projektideen reichen von Konzepten für digitale Bildungs- und Lernräume und Vorhaben in den Bereichen Mobilität, Handel, Sicherheit sowie smarte Energie bis hin zu digitalen Lösungen im Gesundheitswesen, vor allem bei der Vernetzung leistungsstarker</p>	modÜ	<p>Neuer Absatz ab Zeile 525 „Auf Landesebene“:  „Mit dem E-Government Gesetz NRW haben wir den Prozess der elektronischen Verwaltung für die Landesebene begonnen. Diesen Prozess wollen wir auch für die Kommunen fortsetzen. Dabei stehen wir für eine flächendeckende Umsetzung der digitalen Verwaltung statt in diesem Prozess weitere wertvolle Jahre mit Leuchtturmprojekten zu vergeuden. Wir wollen die Kommunen bei den notwendigen, erheblichen Investitionen unterstützen. Digitalisierung der Verwaltung darf nicht heißen, einfach nur bestehende Prozesse zu digitalisieren. Sie ist für uns auch kein</p>

		<p>Kliniken in den Modellregionen.</p> <p>Ein Lieblingsprojekt der Landesregierung ist das digitale Bürgeramt. Das finden wir gut! Es soll ein digitales Bürgerbüro entstehen, über das Behördengänge online erledigt werden können. Dies ist in Ansätzen zwar schon jetzt möglich, es soll aber noch einfacher und schneller werden.</p> <p>Ein wesentlicher Teil des Projektes ist die Digitalisierung aller Akten. Das geht nicht über das Ablegen von PDF-Dateien auf einer Festplatte, sondern mit speziellen Datenbank-Systemen, z.B. d.3. In der freien Wirtschaft und beim Job-Center ist das bereits Standard. Die Landesverwaltung hat kein einheitliches System! Wir fordern, dass die Systeme von Kommunen, Mittelbehörden und Landesbehörden möglichst vereinheitlicht werden.</p> <p>Die positiven Erfahrungen der Modellkommunen sollen schnell von allen Kommunen und Behörden in NRW übernommen werden.</p>		<p>Kostensparmodell. Wir wollen die Verwaltung durch Digitalisierung besser, agiler und bürgernäher machen.</p> <p>Wir wollen den Kommunen aber nicht nur bei Investitionen, sondern auch durch eine intensive Begleitung und Beratung auf ihrem Weg zur digitalen Verwaltung zur Seite stehen. Dies betrifft insbesondere die Beratung bei der Auswahl von Systemen und Implementierung von Prozessen. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen, der Mittel- und Landesebene und den kommunalen und regionalen IT-Dienstleistern ein möglichst hohes Maß an Standardisierung erreichen.</p>
542-548	Simon Rock u.a.	<p>Streiche folgenden Absatz (Text ist doppelt)</p> <p>“Im digitalen Zeitalter stehen auch kleine und mittlere Unternehmen vor der Herausforderung, die Daten ihrer Kund*innen sicher zu verwalten und zu verarbeiten. Wir wollen ein Förderprogramm für IT-Sicherheitsberatung für Unternehmen in NRW, mit Schwerpunkt auf KMU, auflegen. Dieser Basis-Check soll – ähnlich wie heute Hausbesitzer*innen in Energiefragen beraten werden – eine Analyse der Sicherheitslage im Unternehmen vornehmen und darauf basierend Handlungsoptionen entwickeln.“</p>	Übernahme	